



Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Parteifreundinnen,

liebe Parteifreunde,

in der neuesten Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich Sie wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin und gebe Ihnen einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Grundgesetzänderung](#)
2. [Betriebsrentenstärkungsgesetz](#)
3. [Außenpolitische Hinweise](#)
4. [Jahresbericht 2016 des Wehrbeauftragten](#)
5. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

1. Grundgesetzänderung: Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Nach intensiven Beratungen haben wir die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage gestellt und damit eines der wichtigsten Reformvorhaben dieser Koalition abgeschlossen. Mit einem umfangreichen Gesetzgebungspaket, zu dem auch Grundgesetzänderungen gehören, sorgen wir für finanzielle Planungssicherheit in Bund und Ländern von 2020 bis mindestens 2030. Im Vordergrund dieser Reform steht für uns die gesamtstaatliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Damit tragen wir bei zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland.

Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden künftig nicht mehr durch einen horizontalen Finanzausgleich untereinander abgefedert, sondern über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Ergänzend erklärt sich der Bund zu einer jährlichen zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Im Gegenzug konnten wir strukturelle Verbesserungen im Bund-Länder-Verhältnis erreichen. So wird der Stabilitätsrat gestärkt, indem er die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene überwacht. Im parlamentarischen Verfahren haben wir dem Bund einen größeren Einfluß auf die Ausgestaltung der Länderprogramme zur Verwendung der Bundesmittel gesichert. Zudem stärken wir die Weisungsmöglichkeiten des Bundes beim Steuervollzug und machen somit den Vollzug im Finanzwesen effizienter. Des Weiteren schaffen wir mit einer neuen Bundeskompetenz die Grundlage für ein Bürgerportal, mit dem die Dienstleistungen von Bund und Ländern digital leicht erreichbar sein werden.

Autobahnen sind für uns als starke Wirtschaftsnation wichtige Lebensadern. Um Planung, Bau, Betrieb und Erhalt der Autobahnen künftig effizienter und schneller zu gestalten, übertragen wir diese Aufgaben von 16 Ländern auf den Bund. Dort schaffen wir eine Infrastrukturgesellschaft, die ab 2021 die genannten Aufgaben übernimmt. Wir sichern den über 10.000 Beschäftigten einen guten Übergang zum Bund zu und werden auf ihre Bedürfnisse bei diesen Veränderungen achten.

Wir reformieren in diesem Paket zudem den Unterhaltsvorschuss, eine besondere Hilfe für Alleinerziehende und ihre Kinder. Wir erweitern diese Unterhaltsleistung auf die betroffenen Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, es kommen also die 12- bis 17-Jährigen als neue Anspruchsberechtigte hinzu.

Schließlich schaffen wir die Grundlage dafür, dass der Bund finanzschwachen Kommunen Finanzmittel für die Schulen zur Verfügung stellen kann. An der Kernzuständigkeit der Länder für das Bildungswesen ändert sich damit nichts, aber wir wollen in einem für die Zukunft unseres Landes wichtigen Bereich gezielte Hilfen ermöglichen, die Kindern zugutekommen. Als Land ohne Rohstoffe sind kluge Köpfe unsere Zukunft.

2. Außenpolitische Hinweise

In den letzten Tagen und Wochen wird intensiv über die Situation in den Vereinigten Staaten diskutiert. Für uns ist klar: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind ein fester Pfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland wird weiter daran arbeiten, diese freundschaftlichen Beziehungen zu stärken. Gerade deswegen ist es aber auch richtig, Differenzen unter Freunden ehrlich zu benennen.

Ein starkes Europa ist uns als Union seit jeher wichtig. Wir wollen nicht überall mehr, sondern in den entscheidenden Dingen ein besseres Europa: bei der inneren und äußeren Sicherheit, bei der Wettbewerbsfähigkeit, bei der Digitalisierung und beim weltweiten Werben für Freihandel. Wir sind bereit, mit dem französischen Staatspräsident Emmanuel Macron als überzeugtem Europäer einen Impuls für diese stärkere EU zu setzen. Das ist keine Abgrenzung gegenüber den USA, sondern seit langem ein Pfeiler unserer Außenpolitik.

3. Betriebsrentenstärkungsgesetz

In 2. und 3. Lesung beschäftigte sich der Bundestag in der vergangenen Woche mit dem Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentenstärkungsgesetz). Betriebsrenten sind noch nicht ausreichend verbreitet. Besonders in kleinen Unternehmen und bei Beschäftigten mit niedrigem Einkommen bestehen Lücken. Deshalb sind weitere Anstrengungen und auch neue Wege notwendig, um eine möglichst weite Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung und damit verbunden ein höheres Versorgungsniveau der Beschäftigten durch kapitalgedeckte Zusatzrenten zu erreichen. Die Möglichkeiten für die Sozialpartner, über Tarifverträge betriebliche Versorgungssysteme zu gestalten, die einfach, effizient, kostensicher und damit gezielt auf die Bedürfnisse der Unternehmen und Beschäftigten zugeschnitten sind, werden erweitert. So können die Sozialpartner künftig auch sog. reine Beitragszusagen vereinbaren, über Leistungen der durchführenden Einrichtungen entscheiden und rechtssicher Options- beziehungsweise Opting-Out-Systeme in den Unternehmen und Betrieben einführen. Daneben wird ein spezifisches Fördermodell für Geringverdiener eingeführt. Zudem wird die steuerliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung und der Riester-Rente vereinfacht und verbessert. Schließlich werden im Sozialrecht neue Anreize für den Auf- und Ausbau einer betrieblichen Altersversorgung besonders bei Geringverdienern gesetzt. Eine weitere Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung wäre auch mit einem gesetzlich obligatorischen Betriebsrentensystem zu erreichen oder auch damit, daß ein alle Arbeitgeber verpflichtendes gesetzliches Options- beziehungsweise Opting-Out-System eingeführt würde. Solche Systeme weisen aber eine höhere Eingriffsintensität für Arbeitgeber und Beschäftigte auf. Deshalb sollen vordringlich die Möglichkeiten für einen weiteren freiwilligen Ausbau der betrieblichen Altersversorgung ausgeschöpft werden.

4. Jahresbericht 2016 des Wehrbeauftragten

In der vergangenen Sitzungswoche hat der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags seinen Jahresbericht 2016 vorgestellt. Hierbei handelt es sich um den 58. Bericht eines Wehrbeauftragten. Kernfrage des Berichtes ist, wie es der Bundeswehr heute geht? Reduziert sich die Überlast? Kommen Kräfte, Mittel und Aufträge in eine gesunde Balance? „Wir leben in einer Welt der unvorhersehbaren Unvorhersehbarkeit.“ So steht es in der neuen außen- und sicherheitspolitischen Strategie („Global Strategy“) der Europäischen Union aus dem Sommer 2016. Selten war die gefühlte Unsicherheit so groß: Dschihadistischer Terror, Krieg und Bürgerkrieg in Europas Nachbarschaft, zerfallende Staatlichkeit und das Um-sich-Greifen autoritärer Herrschaft, die Flüchtlings- und Migrationskrise, Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen, das EU-Austrittsvotum Großbritanniens und die Wahl eines US-Präsidenten, der wenig Wert auf Berechenbarkeit zu legen scheint; dazu Russlands Streben nach Einflußsphären und militärischer Machtprojektion. Die Risiken wachsen. In dieser Zeit des Wandels will Deutschland, so steht es im 2016 beschlossenen Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, eine aktive, gestaltende Rolle spielen, auch durch Stärkung der eigenen militärischen Fähigkeiten. Der dafür notwendige Ertüchtigungsprozess hat nun begonnen. Im Vordergrund steht nicht mehr die Problemdiskussion, sondern die Diskussion über Lösungen. Enorme Lücken bei Personal und Material sind zu schließen. Das ist erkannt. Der Deutsche Bundestag stellt die erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel zur Verfügung, sogar über die bisherigen Veranschlagungen der Regierung hinaus. Die Bundeswehr ist auf dem Weg der Besserung. Aber: Das größte Problem jetzt lautet – Tempo! Das Umsteuern geht viel zu langsam. Damit bleibt die Überlast in vielen Bereichen für die aktiven Soldatinnen und Soldaten unverändert hoch. Und die Zahl der Aufträge wächst: vom erweiterten Mali-Engagement über die Ägäis-Mission bis zur NATO-Response-Force und zum Litauen-Bataillon. 2017 dürfte sich auch entscheiden, welche zusätzlichen Beiträge die NATO von ihren europäischen Mitgliedern, nicht zuletzt von Deutschland, einfordern muß, Stichwort: Follow-on-Forces, und was für die Europäische Union das in der „Global Strategy“ formulierte Ziel „strategische Autonomie“ institutionell bedeutet. Die seit der Bundeswehrreform von 2011 – nach Aussetzung der Wehrpflicht – auf dem Papier stehende Zahl von 170.000 deutschen Zeit- und Berufssoldaten war bis zum Jahresende 2016 noch nicht wieder erreicht. Zum Schließen der Personallücken benötigen die Streitkräfte 14.300 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten; zunächst sollen jedoch nur 7.000 neue Dienstposten geschaffen und bis 2023 besetzt werden. Sieben Jahre für einen Personalaufwuchs um vier Prozent! Das dauert zu lange. Ganz ähnlich verhält es sich mit der nun vorgesehenen materiellen Vollausrüstung der Bundeswehr. Das Ausrüstungsprogramm über 130 Milliarden Euro bis 2030 (einschließlich aller schon beschlossenen Projekte) weist zweifelsfrei in die richtige Richtung. Aber gleichzeitig scheint alles Neue auf die lange Bank geschoben, nichts geht schnell, vom neuen Mehrzweckkampfschiff über den Flugabwehrraketendienst bis zur Aufstockung der 225 vorhandenen Kampfpanzer um 100 gebrauchte, modernisierungsbedürftige Leopard 2. Diese sollen 2023 zur Verfügung stehen, unter Vertrag ist noch nichts. Nicht einmal die neue Einsatzbekleidung konnte bisher in erforderlicher Stückzahl planmäßig ausgegeben werden. Der im Jahresbericht 2015 beklagte systematische Mangel an Personal und Material stellte auch 2016 einen wesentlichen Faktor für die Berufszufriedenheit und die Attraktivität des Dienstes dar. Die Mangelwirtschaft beeinträchtigt weiterhin Ausbildung, Übung und Handlungssicherheit im Einsatz. Für ihre jetzigen Aufgaben benötigt die heutige Bundeswehr das erforderliche Personal und Material so schnell wie möglich. Business as usual und Dienst nach Vorschrift helfen nicht mehr weiter. Die Bundeswehr



braucht dringend eine Beschleunigungsinitiative. Die bürokratischen Verfahren aus einem Vierteljahrhundert kontinuierlicher Reduzierung passen nicht mehr in die heutige Zeit. Neue Beschleunigungsregelungen und eine Mentalitäts-Trendwende sind das Gebot der Stunde. Dieser Bericht enthält wieder eine Vielzahl von Beobachtungen und Hinweisen aus dem soldatischen Alltag. Das Bestreben der übergeordneten Führung, erkannte Missstände abzustellen, ist nicht immer, aber überwiegend erfreulich. Häufig kommt konstruktive Kritik an Problemen, wie sie etwa in der Umsetzung der Soldatenarbeitszeitverordnung oder auch in der Flüchtlingshilfe aufgetreten sind, von militärisch Verantwortlichen selbst – die damit eine wesentliche Maxime der Inneren Führung realisieren. Unersetzlich war und ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit vielen Vertrauenspersonen in der Truppe. Dazu gehören der Gesamtvertrauenspersonenausschuss, Personalräte, Bundeswehrverband, verdi, Reservistenverband und andere Verbände und Stiftungen, Gleichstellungsbeauftragte und Schwerbehindertenvertreter, die evangelische und katholische Militärseelsorge und natürlich viele einzelne Soldatinnen und Soldaten, die bei Truppenbesuchen im In- und Ausland und bei Veranstaltungen ihr Recht auf ein offenes Wort selbstverständlich wahrgenommen haben.

5. Relevantes aus Mannheim und der Region

Bürger aus Mannheim zu Besuch in Berlin

Auf meine Einladung hin besuchten fünfzig Mannheimer Bürgerinnen und Bürger für vier Tage die Bundeshauptstadt Berlin. Bei einer an politischen und historischen Gesichtspunkten orientierten Stadtrundfahrt bekamen die Besucher einen ersten Eindruck des besonderen Flairs der Hauptstadt. Auf dem Programm standen dabei neben einem Rundgang durch die Gebäude des Deutschen Bundestages und einem Kuppelbesuch ein Besuch im Auswärtigen Amt und in der Landesvertretung von Baden-Württemberg. In einem persönlichen Gespräch mit mir erfuhren die politisch interessierten Gäste viel über die Arbeit ihres Volksvertreters und über die Abläufe im Parlament. Sie diskutierten mit mir über aktuelle politische Ereignisse und waren beeindruckt von der Vielzahl an Aufgaben, die ein Bundestagsabgeordneter im Rahmen seines Mandats wahrnimmt. Weitere Programmpunkte waren eine Rundfahrt mit Abendessen auf der Spree sowie der Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.



Bild: Egon Jüttner (rechts) zusammen mit 50 Mannheimerinnen und Mannheimern im Paul-Löbe-Haus

Aufruf zur Teilnahme an The Power of Arts – einer Initiative der Philip Morris GmbH

Gemeinnützige Institutionen aus Mannheim, die mittels Kunst, Musik, Theater und Tanz die Integration und Inklusion von geflüchteten Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund fördern, sind aufgerufen, an der Initiative „The Power of the Arts“ teilzunehmen.

Die Philip Morris GmbH hat mich in einem Schreiben aufgefordert, für ihre neue Initiative in Mannheim zu werben. Dieser Bitte komme ich mit großer Freude nach. Denn gerade Mannheim ist eine Stadt, die seit ihrer Entstehung eine einzigartige Willkommenskultur prägt. Ob Hugenotten, Gastarbeiter, Rußlanddeutsche, Menschen aus den angrenzenden ländlichen Regionen oder Vertriebene, in Mannheim herrscht eine Atmosphäre, in der man sich schnell aufgehoben und als Mannheimer oder Mannheimerin fühlen kann, ganz gleich wo man geboren ist.

Bei „The Power of the Arts“ handelt es sich um eine neue Initiative, die von der Philip Morris GmbH gemeinsam mit der International Giving Foundation des Deutschen Stiftungszentrums im Stifterverband, dem Netzwerk junge ohren e.V., der Boros GmbH und Bureau N gestartet worden ist. Ausgezeichnet werden jährlich vier Projekte mit jeweils 50.000 Euro, die von einer unabhängigen Jury unter den eingereichten Vorschlägen ausgewählt werden.

Alle Informationen zur Initiative sind unter www.thepowerofthearts.de zu finden.

Ausbildungs-Ass 2017

Gerne weise ich darauf hin, dass sich Unternehmen und Initiativen, die sich vorbildlich um die Ausbildung junger Menschen kümmern, bis zum 31. Juli um den Titel „Ausbildungs-Ass 2017“ bewerben können. Mit dem Preis, der am 23. Oktober verliehen wird und den die Wirtschaftsjuvenen Deutschland gemeinsam mit den Junioren des Handwerks und der INTER Versicherungsgruppe vergeben, werden Unternehmen, Initiativen und Schulen für besonderes Engagement in der Ausbildung ausgezeichnet. Die Schirmherrschaft übernimmt in diesem Jahr die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Brigitte Zypries.

Unser Ziel ist, dass jeder Jugendliche in unserem Land eine Chance auf eine gute Ausbildung bekommt. Dazu ist es wichtig, dass es Unternehmen und Initiativen gibt, die sich mit Engagement und Herzblut für junge Menschen einsetzen. Das Ausbildungs-Ass ist eine gute Möglichkeit, dieses Engagement zu würdigen und vorbildliche Unternehmen sowie Initiativen bekannt zu machen.

Ich bin sicher, dass es in Mannheim spannende Unternehmen und Initiativen gibt, die den Titel Ausbildungs-Ass 2017 verdienen. Ich kann deshalb nur dazu auffordern, die Chance zu nutzen und sich um diese Auszeichnung zu bewerben.

Bereits zum 21. Mal wird das Ausbildungs-Ass vergeben und ist mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 15.000 Euro dotiert. Bewerben können sich Unternehmen und Handwerksbetriebe, die sich in hohem Maße für die Ausbildung einsetzen, sowie Schulen, Initiativen und Institutionen in Deutschland, die an außer-, überbetrieblichen oder schulischen Initiativen mitwirken.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.ausbildungsass.de.